

August 2019

Mordopfer am Hauptbahnhof AfD fordert angemessenes Gedenken

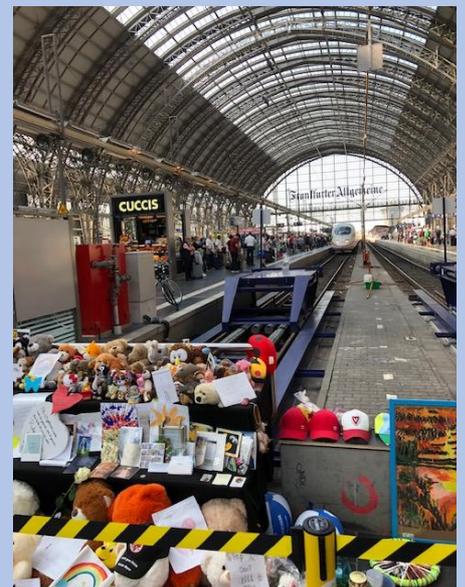


An das Opfer der Tat am 29.07.2019 am Frankfurter Hauptbahnhof soll nach dem Willen der AfD im Römer in angemessener Form erinnert werden. „Denkbar wäre das Aufstellen einer Gedenktafel am Tatort“, erläutert Rainer Rahn, Vorsitzender der AfD im Stadtparlament, den Antrag seiner Fraktion. Schließlich gehe es hier um weit mehr als ein Verbrechen. Denn letztlich sei die unfassbare Tat nur möglich gewesen, weil Grenzkontrollen fehlten.

Am Hauptbahnhof wurden ein achtjähriger Junge und seine Mutter von einem Mann auf das Gleis gestoßen. Die Frau konnte sich noch retten, doch ihr Sohn wurde von dem einfahrenden Zug erfasst und getötet. Die Berichterstattung im Inland folgte dem gewohnten Muster, mit den üblichen Relativierungen, den Warnungen vor Instrumentalisierung von ‚rechts‘ und gipfelte in der Empfehlung eines vom WDR interviewten ‚Experten‘, der dazu riet, bei aufkommender Angst ‚eine Weile den Fernseher auszumachen und sich den Bildern nicht mehr auszusetzen‘. Doch die Tat sorgte international für erhebliches Aufsehen, es berichtete selbst die New York Times davon. „Nun stellt sich natürlich die Frage: Wäre diese Tat vermeidbar gewesen?“, sagt Rahn.

Auch wenn man die Frage nach dem Tatmotiv und der Schuldfähigkeit des Täters beiseitelasse, bleibe ein Fakt bestehen: der Mann wurde in seinem Aufenthaltsland Schweiz polizeilich gesucht. Dennoch habe er frei und ungehindert nach Deutschland reisen und sich dort gänzlich unbehelligt bewegen können. Das sei möglich gewesen, weil es hier für ihn keine Ausschreibung zur Fahndung gegeben habe. „Grenzkontrolle und eine grenzüberschreitende Fahndung hätten die Tat wahrscheinlich verhindert“, konstatiert der AfD-Fraktionschef. Doch diese Kontrollen fänden nicht mehr statt. Innerhalb der meisten EU-Staaten (Schengen-Raum) seien die Grenzen zwischen den einzelnen Ländern frei passierbar. Dies ermögliche freies und ungehindertes Reisen innerhalb Europas. Aber nicht nur für Touristen, sondern auch für Kriminelle.

„Die Tat sollte zum Anlass genommen werden, kritisch darüber nachzudenken, ob Nutzen und Risiken der Grenzöffnungen noch in einem adäquaten Verhältnis stehen. Es erscheint daher angebracht, in angemessener Form an die Tat zu erinnern“, erklärt Rahn. Die AfD-Fraktion fordert deshalb: „Der Magistrat soll hierzu ein Konzept entwickeln.“



AfD für klare Regelungen beim Betrieb von Shisha-Bars

Zumindest in Wohnbereichen sollen Shisha-Bars verboten werden, hat die AfD in einem Antrag gefordert. „Zudem soll sich der Magistrat bei der Hessischen Landesregierung dafür einsetzen, damit für den Betrieb von Shisha-Bars klare gesetzliche Regelungen geschaffen werden, um eine gesundheitliche Gefährdung der Besucher auszuschließen“, sagt Rainer Rahn, Vorsitzender der AfD-Fraktion im Römer.

In der Stadt würden Shisha-Bars zu einem immer größeren Problem. Nicht nur bringe der Betrieb in Wohngebieten erhebliche Störung der Nachtruhe der Bewohner mit sich. Auch bestehe eine erhebliche Gesundheitsgefährdung der Besucher durch Kohlenmonoxid. Mittlerweile gebe es in Frankfurt etwa 65 Shisha-Bars. „Kontrollen zeigen regelmäßig, dass in den Räumen eine erhöhte Kohlenmonoxid-Konzentration aufgrund der unvollständigen Verbrennung der Kohle besteht“, so Rahn. In der FNP war zu lesen, dass die Konzentrationen teilweise deutlich über den zulässigen Werten liegen.

Trotz allem existierten Zuständigkeiten für den würden die Kohlen angezündet und teilweise für „Andererseits sind die im Sinne der daher die zuständig“, erklärt der Bauaufsicht schaut Shisha-Bars gemäß den

genehmigungs-

Der Gesetzgeber müsse Shisha-Bars finden. festlegen, wer für die Vorschriften zuständig einen um den Schutz Kohlenmonoxid-Werten, Schutz der unzumutbarer abschließend zusammen.



bislang keine klaren Regeln und Betrieb von Shisha-Bars. So meist in einem Nebenraum glühend gehalten. Sie seien aber Innenräume nicht zugelassen. Anzündstellen keine Feuerstätten Feuerstättenverordnung und Schornsteinfeger nicht AfD-Fraktionschef. „Die jedoch auch nicht hin, weil Bestimmungen des Bundes-Immissionsschutzgesetzes keine bedürftigen Anlagen sind.“

Regelungen für den Betrieb der Insbesondere solle er klar Überwachung der Einhaltung von sein soll. „Dabei geht es zum der Besucher vor erhöhten andererseits aber auch um den Wohnbevölkerung vor Lärmbelastung“, fasst Rahn

AfD fragt nach bei exorbitanten Kosten für die Unterbringung von Wohnungslosen

Der Magistrat soll der AfD-Fraktion im Römer Auskunft darüber geben, ob Medienberichte über die Kosten für die Unterbringung von Wohnungslosen in Hotels durch die Stadt Frankfurt stimmen. Es geht dabei konkret um einen Artikel in der FAZ vom 15.07.2019 mit der Überschrift ‚4.500 Euro für ein Zimmer im Hotel‘. „Abgesehen von den finanziellen Belastungen interessiert uns dabei auch, welche Einrichtungen genau die Unterbringung im Auftrag und auf Kosten der Stadt organisieren“, sagt Rainer Rahn, Fraktionsvorsitzender der AfD im Frankfurter Rathaus.

Wie das Blatt schreibt, habe die Stadt im Juni 7.900 Personen registriert, die vorübergehend auf Kosten der Stadt untergebracht seien, um eine Obdachlosigkeit zu verhindern. Flüchtlinge machten dabei einen Anteil von etwa 60 Prozent aus. Die Unterbringung im Auftrag und auf Kosten der Stadt organisiere der evangelische Verein für Wohnraumhilfe. Er habe dazu Verträge mit verschiedenen Hotels über die Unterbringung abgeschlossen. Im Schnitt entrichte die Stadt Frankfurt etwa 30 Euro pro Person und Nacht. Eine sechsköpfige Familie könne dem Hotelier damit 4.500 Euro im Monat für ein Zimmer einbringen. Die Räumlichkeiten befänden sich laut FAZ teilweise in einem desolaten Zustand. Als reguläre Hotelzimmer könnten sie gar nicht mehr vermietet werden.

Die Stadt selbst wiederum erhalte pro Flüchtling für die Unterbringung lediglich 710 Euro im Monat und damit einen Bruchteil dessen, was sie selbst zahle. Schließlich gölten für dauerhafte – von der Stadt alimentierte – Wohnungen die Sätze des Jobcenters. Die beliefen sich z.B. auf bis zu 746 Euro für eine dreiköpfige Familie im Neubau oder auf 851 Euro für einen 6-Personen-Haushalt. Somit werde für dieselbe Familie im Hotel der 6-fache Betrag fällig. „Stimmen die Angaben der FAZ zur Anzahl der untergebrachten Personen sowie die genannten Beträge?“, fragt Rahn. „Wenn nicht, was ist richtig?“ Treffe es zu, dass der evangelische Verein für Wohnraumhilfe die Unterbringung im Auftrag und auf Kosten der Stadt organisiert? Oder gebe es weitere Vereine und Organisationen, die die Unterbringung im Auftrag der Stadt koordinieren?

Der AfD-Fraktionschef fordert, dass der Magistrat den wesentlichen Inhalt der Verträge zwischen der Stadt Frankfurt einerseits und dem evangelischen Verein für Wohnraumhilfe bzw. weiteren Organisationen andererseits offenlegt. „Kann der Magistrat ausschließen, dass dem evangelischen Verein für Wohnraumhilfe bzw. weiteren Organisationen für seine Tätigkeit im Rahmen der Unterbringung unangemessene Gewinne verbleiben?“, hakt Rahn nach.



Vor dem Hintergrund für die Stadt finanziell offenkundig skandalöser Zustände bei der Unterbringung von Wohnungslosen mute die Forderung von Oberbürgermeister Peter Feldmann umso absurder an, Frankfurt möge aus „Seenot gerettete Flüchtlinge“ grundsätzlich aufnehmen. Rahn zufolge ist der neue Vorstoß des Oberbürgermeisters ohnehin bloß eine Showeinlage. „Ich habe Zweifel, ob eine Kommune allein beschließen kann, aus dem staatlichen Verteilsystem der Asylbewerber auszuscheren. Sie kann nicht einfach ‚Wir nehmen sie‘ rufen“, so der Vorsitzende der AfD-Fraktion. Wie solle das in der Praxis laufen? „Möchte Feldmann Bootsflüchtlinge, die in Lampedusa an Land gehen und in Italien registriert werden, ohne weitere Dokumente und Prüfung einfach so nach Frankfurt bringen? Unbegrenzt? Wo will er diese angesichts der angespannten Wohnungslage unterbringen?“, fragt Rahn.

Übermäßig lange Einrichtungen und langsame Fortschritte: AfD will eine genaue Übersicht zu Straßenbaustellen für 2018 sehen



Dass Straßenbaustellen aufgrund von Kanalarbeiten, Wohnungsbau und anderen Aktivitäten immer wieder nötig sind, auch wenn diese den Verkehr oftmals erheblich einschränken, wird niemand ernsthaft bestreiten. Die Stadt Frankfurt übertreibt es allerdings. So klagen Verkehrsteilnehmer und Anwohner wiederholt in vielen Stadtteilen über grundsätzlich zeitlich übermäßig lange Einrichtungen von Baustellen und langsame Baufortschritte. Deshalb hat die AfD im Römer eine Anfrage gestellt, um eine erste Übersicht zur Situation der Straßenbaustellen in Frankfurt am Main, hier für das Jahr 2018, zu erhalten. „Wie viele Straßenbaustellen wurden im Jahr 2018 neu errichtet?“, fragt der verkehrspolitische Sprecher der AfD, Horst Reschke. Und: „Wie viele davon wurden im selben Jahr auch wieder beendet?“ Er interessiert sich für die genaue Anzahl der Straßenbaustellen des Jahres 2018, die schon in den Vorjahren eingerichtet worden sind. „Wie lange bestanden Straßenbaustellen, welche im Jahr 2018 beendet wurden, durchschnittlich?“, hakt Reschke weiter nach. Er möchte erfahren, bei wie vielen dieser im Jahr 2018 beendeten Baustellen es, entgegen der Anfangsplanung, eine

Bauzeitverzögerung gegeben hat. „Wie lange dauerten diese Bauzeitverzögerungen im Durchschnitt?“, erkundigt sich der AfD-Stadtverordnete und schickt abschließend hinterher: „Bei wie vielen aller im Jahr 2018 bestehenden Baustellen lag eine Bauzeitverzögerung vor?“

Informieren Sie sich!

Besuchen Sie die Bürgersprechstunden der AfD-Fraktion im Römer

Die **nächste Bürgersprechstunde** findet statt: **4. September 2019** um **17 Uhr**

Bitte informieren Sie sich regelmäßig über unsere politische Arbeit im Frankfurter Stadtparlament unter:

www.stvv.frankfurt.de/parlis2/parlis.html

Die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung sind öffentlich und beginnen um 16 Uhr.

Anmeldung zur Sitzung per Email unter:

einlasskarten.stvv@stadt-frankfurt.de

Nächster Sitzungstermin der Stadtverordnetenversammlung ist am: **26. September 2019**

Bürozeiten der Fraktionsgeschäftsstelle:

Montag – Donnerstag 10 – 15 Uhr

Email: info@afd-im-roemer.de

Internet: www.afd-im-roemer.de

Telefon: 069 – 212 46222

Impressum:

AfD-Fraktion im Römer

Bethmannstraße 3

60311 Frankfurt am Main

ViSdP: Dr. Dr. Rainer Rahn)

(Fraktionsvorsitzender)